Bayerisches Büro in London nimmt seine Arbeit auf / Ministerpräsident Söder: „Werden bayerisch-britische Agenda mit Leben füllen“

1. Februar 2022

Bayern hat sein Verbindungsbüro im Vereinigten Königreich in Betrieb genommen. Geleitet wird das Büro, das in einem Co-Working Space im Herzen Londons eine zentrale Anlaufstelle für alle Akteure der bayerisch-britischen Zusammenarbeit bietet, von der Juristin Anna Schennach. Eine wichtige Aufgabe des Büros ist es, den wirtschaftlichen Austausch zwischen Bayern und Großbritannien nach dem Brexit zu fördern. Es soll vor Ort als erster Ansprechpartner dienen für bayerische Firmen, die in England investieren wollen, und für britische Unternehmen, die planen, in Bayern zu investieren. Mit einem Handelsvolumen von über elf Milliarden Euro ist das Vereinigte Königreich für Bayern ein wichtiger Handelspartner. Aber auch auf anderen Feldern wie Wissenschaft und Innovation, Bildung, Jugendaustausch und Kultur wird das Büro die Beziehungen Bayerns zum Vereinigten Königreich noch weiter vertiefen.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Das Vereinigte Königreich ist und bleibt für Bayern ein wichtiger Partner. Wir wollen gerade auch nach dem Brexit weiter eng Kontakt halten. Mit einer umfassenden bayerisch-britischen Agenda werden wir in vielen Bereichen unsere guten Beziehungen weiter mit Leben füllen.“

Auch der britische Generalkonsul in Bayern, Simon Kendall, lobt das bayerische Engagement: „Wir freuen uns außerordentlich, dass Bayern eine neue Repräsentanz in London eröffnet, welche es seit dem 19. Jahrhundert im Vereinigten Königreich nicht mehr gegeben hat. Die rasante Entwicklung neuer Technologien und große globale Herausforderungen erfordern eine noch engere Zusammenarbeit langjähriger Partner.“

Die politischen Weichen für das Bayerische Büro in London hatte der Bayerische Ministerrat schon im April 2019 gestellt. Da in Folge des Brexits die institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich auf EU-Ebene wegfiel, beschloss das Kabinett, die bilaterale Kooperation auch durch ein stärkeres Engagement der Staatsregierung auf der Insel zu intensivieren. Die Eröffnung des Büros musste wegen der Corona-Pandemie zunächst verschoben worden.